

renab. ber, abends 7 Uhr, mit lksbundes Herr Pfarrer lche einen Vortrag g durchs Zuschhaus. lieder herzlich eingeladen.

heit, Bücher des Herrn fgende: Sellacher.

eschenke

kleider Preislagen ver westen Jacken pfe Schuhe ne Unterwäsche a-Unterwäsche entlicher ki-Hosen en idung

Uhr geöffnet!

forzheim

Theater.

Bäckerei

Pfd. 1.00

1.30

1.60

45 Pfg.

27 Pfg.

29 Pfg.

65 Pfg.

1.55

35 Pfg.

30 Pfg.

38 Pfg.

42 Pfg.

45 Pfg.

60 Pfg.

70 Pfg.

85 Pfg.

55 Pfg.

rinthen, Staub-

Streuzucker

ürze

as, Pfund 2.00

glich frisch

ie

chäfte

attmarken.

Bezugspreis:

Monatlich in Neuenburg 1.50. Durch die Post in Ost- und Oberamtsbezirk, sowie im sonst. Verk. 1.80 m. Postzuschlag. Preis freibleb. Preis einer Nummer 10 J.

In Fällen höh. Erwerb besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Ausstügerinnen jederzeit entgegen.

Verlagspreis Nr. 4.

Verlagspreis Nr. 4. C. W. Späthle Neuenburg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Druck und Verlag der C. W. Späthle Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biefinger in Neuenburg.

Nr. 291.

Freitag den 12. Dezember 1930.

88. Jahrgang.

Wirtschaftsfragen.

Wirtschaftsblatt Deutschland-Österreich.

Die Wiener Tagung der Deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, ein Wirtschaftsverständnis zwischen Deutschland und Österreich vorzubereiten. Angesichts der wachsenden Expansion der deutschen Wirtschaft im Süd- und Südwesten Europas und der sich immer mehr steigenden Interessen Deutschlands für den mitteleuropäischen Raum bildet die Frage dieses Wirtschaftsverständnisses einen für die Wirtschaft Mitteleuropas entscheidenden Schritt. Es genügt jedoch nicht, das handelspolitische Verhältnis zwischen Berlin und Wien auf die Basis eines langfristigen Handelsvertrages oder auf die übliche Klausel des Meistbegünstigten zu stellen. Viel mehr muß das Ziel auf eine Zollunion gerichtet sein. Nach dem Wiener Journal denkt man sich in Wien die Entwicklung so, daß nach einer gründlichen Vorbereitung durch die einzuwendenden gemeinsamen handelspolitischen Ausschüsse zunächst ein enges wirtschaftliches Zusammengehen und in einem Zeitraum von etwa 6 bis 8 Jahren ein deutsch-österreichisches Zollbündnis verwirklicht werden könne. Ein solches wirtschaftspolitisches Bündnis erscheint, wenn bei seinem Abschluß und in der ersten danach folgenden Zeit auch gewisse Föderationsmaßnahmen eintreten werden, weit besser als der beste Handelsvertrag. Die erste Voraussetzung hierzu ist naturgemäß, daß die beiderseitige Wirtschaftspolitik, insbesondere die Import- und Exportpolitik, aufeinander eingestellt werde. Die Haupt-schwierigkeit liegt auf dem Gebiete der Exportpolitik. Hier müßten erstens die Beschränkungen in der wirtschaftlichen Struktur beider Staatsgebiete berücksichtigt, sodann aber die Bedürfnisse der beiden Ausfuhrländer systematisch und rationell auf die beiderseitigen Ziele und Methoden abgestimmt werden. Ein deutsch-österreichisches Zollbündnis würde, ohne daß die heute noch nicht durchführbare staatliche Vereinigung abgemakelt werden muß, die ungeheuren Vorteile eines großen, gemeinsamen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes bringen. Eine Wirtschaftsgemeinschaft von rund 70 Millionen Menschen hätte natürlich eine ganz andere Position auf dem europäischen Markt und in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt als zwei getrennte Wirtschaftsgebiete von 61 und 6 1/2 Millionen. Deutschland und Österreich könnten dann einen Wirtschafts-bündnis in der Mitte des europäischen Kontinents darstellen, der gegenüber den anderen europäischen Staaten, ohne sich politisch auszuwirken, eine ökonomische Schwerkraft von großer Tragweite ausüben würde. Man bedachte nur, was es bedeutet, wenn innerhalb dieses großen Wirtschaftsgebietes die deutschen Schlüsselindustrien von Eisen, Stahl und Kohle im Rheinland und in Westfalen über die Alpen hinaus bis Italien, Jugoslawien und Ungarn ohne Zollmauern erründen. Andererseits würde Wien als wirtschaftlicher Umschlagplatz zwischen Nord und Süd, zwischen West und Ost vermöge seiner überaus günstigen geographischen Lage ein reiches Kraft-zentrum im mitteleuropäischen Räume werden.

Politik schadet der Wirtschaft.

Berlin, 11. Dez. Auf der Deutschen Welle hielt Direktor Dr. Solmsen einen Rundfunkvortrag über das Thema 'Der Kampf gegen die Krise', in dem er zunächst den uralten Kampf zwischen Politik und Wirtschaft als Grund für die Jubelung der gegenwärtigen Lage Deutschlands kennzeichnete. Dieser Kampf habe auch die innere Entwicklung Deutschlands seit Ausbruch des Weltkrieges demnach beeinflusst. Als Ergebnis dieser Kampferiode, die sich länger als zwei Jahrzehnte hin-gezogen habe, sei eine Ueberdrammung des Gehaltens der Staatsbeimischung in den Gang der Wirtschaft übrig geblieben, die die Wirtschaft auch innerhalb Deutschlands in die schwerste Bedrängnis gebracht habe. Ihren Höhepunkt habe diese Bedrängnis der Wirtschaft erreicht, unter der wir heute litten. Der Kampf gegen die Krise bedeute also den Kampf um die Befreiung der Wirtschaft von außen- und innenpoli-tischer Bedrängnis. In außenpolitischer Beziehung heiße wohl heute in der Welt kein Zweifel mehr darüber, daß der Berliner Diktat auf den beiden inneren Säulen der Schuld-lage und der Kreditlosigkeit ruhe, und daß alle auf diesen beiden Säulen aufgebauten Konstruktionen fehlerkonstruktio-nen seien, deren Wände das Gebilde der internationalen Wirt-schaftsbeziehung bereits aufs schwerste erschüttert habe. Der Kampf gegen die Krise müsse deshalb mit aller Wucht immer wieder gegen die Schuldfrage und die Kreditlosigkeit geführt werden. Natürlich sei dafür Voraussetzung, daß Deutschland in ganz anderem Maße ein politisches Ganzes wäre, als dies heute der Fall sei, daß also die Zersplitterung der für die letzte Entscheidung maßgebenden Faktoren endgültig beseitigt werde. Vor allem sei erforderlich, daß Deutschland sein eigenes, dans in Ordnung bringe. Der Kampf gegen die Krise müsse, von unserer inneren Wirtschaft aus gesehen, gegen die Gefahr des Verhängens geführt werden und um die Behauptung auf dem Weltmarkt gehen. Wir müssen erkennen, daß es jahr-zentelanger systematischer Arbeit bedürfe, um für uns die wahre Freiheit zu erreichen, indem wir unsere Landwirtschaft auf gänzlich neue Methoden umstellen. Der springende Punkt in unserem Kampf gegen die Krise sei die Behauptung unserer Selbstkosten. Diese Selbstkosten könnten nicht durch Ein-mischung des Staates auf dem Wege sämtlicher Schiedsprübe verhindert werden, sondern müßten vielmehr als Produkt von Angebot und Nachfrage in freier Vereinbarung zwischen Ar-beitgebern und Arbeitnehmern gebildet werden. Es sei not-wendig, daß Steuer herabzusetzen und den Staat zu haben, um bekennen, daß Deutschland sich nicht weltwirtschaftlich hie-len dürfe, sondern der Entwicklung der Weltwirtschaft an-schließen müsse, wenn es leben wolle. Nachdem der Redner sich noch gegen die Kapitalflucht und für die verstärkte Verwendung

von Inlandsware ausgesprochen hatte, sagte er zum Schluß, das erste Gebot gegen die Krise sei Selbstdisziplin und Unter-ordnung unter das Gesamtwohl.

Deutschland.

Der Württ. Industrie- und Handelsrat für praktische Mit-arbeit der Wirtschaft bei Durchführung der Notverordnung des Reichspräsidenten.

Stuttgart, 11. Dez. Der Hauptausschuß des Württ. Indus-trie- und Handelsrates nahm unter dem Vorsitz des Präsi-denten Dr. Kaufmann in seiner letzten Sitzung Stellung zu der am 1. Dezember 1930 von der Reichsregierung gemäß Art. 48 A. V. veröffentlichten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Die Berichterstattung lag in den Händen des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds Dr. Klein. Nach eingehender mehrstündiger Aussprache einigte sich der Hauptausschuß in Uebereinstimmung mit dem Bericht-erhalter auf folgenden Grundgedanken: Der Hauptausschuß des Württ. Industrie- und Handelsrates erachtet in der Not-verordnung des Reichspräsidenten eine notwendige erste Grund-lage zur Erhaltung und zum planmäßigen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Er erklärt sich bereit, innerhalb des württ. Wirtschaftsgebietes die Verwirklichung der in diesem Notprogramm zum Ziel gesetzten wirtschaftlichen Aufgaben nachdrücklich zu fördern; Die Gesetzmäßigkeiten der deutschen Wirtschaft und ihr folgend in Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeit das allgemeine Preisniveau weiter zu senken und so die Voraussetzungen für eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. Nur durch einmütiges Zusammenwirken und durch Unterordnung der Einzelinteressen unter das über allem stehende Gesamtwohl von Staat und Wirtschaft kann das Ziel der vorliegenden Gesetzgebung erreicht werden. Alle Berufs-stände müssen sich diesem übergeordneten Gesamtinteresse opfer-freudig einordnen. Die Voraussetzung für ein solches Zu-sammenwirken aller Berufsstände untereinander erscheint in Württemberg dank seiner wirtschaftlichen Struktur und der inneren gelassenen Gesamtverfassung seiner Bevölkerung bei allerseitig gutem Willen durchaus aussichtsreich. Der Württ. Industrie- und Handelsrat als solcher steht bereits in enger Fühlung mit den übrigen Berufsvertretungen von Industrie, Handel und Landwirtschaft, um ein Gegeneinander zu vermei-den und eine verständnisvolle Zusammenarbeit herbeizu-führen. Er empfiehlt den einzelnen Branchen, in sich eine solche Verständigung über die Möglichkeit eines weiteren Preisab-sinks anzustreben. Dringend warnt der Württ. Industrie- und Handelsrat vor künstlichen gesetzgeberischen oder verwaltungs-mäßigen Eingriffen in die Gänge der Wirtschaft. Die Preis-senkungsaktion als Gesamtaufgabe kann nur von der Wirtschaft selbst unter Selbstverantwortung und strenger Selbstbegrenzung durchgeführt werden. Da und solange ein beträchtlicher Teil der Wertschöpfungsstoffe zurzeit noch zwangs-läufig gebunden ist, muß zur Förderung und Entfaltung dieser letzten Wertschöpfungsstoffe wiederholt folgende dringend ge-fordert werden: a) Abbau der Tariflasten, erforderlichenfalls mittels des amtlichen Schlichtungsverfahrens, b) Steuerabbau, Steuervereinfachung und Steuervereinfachung, c) fort-schreitende Ausgabenbegrenzung im Haushalt von Reich, Län-dern und Gemeinden, d) weitgehende Einschränkung der Be-lästigung der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben, e) Detai-lierung der öffentlichen Post und Eisenbahn, ferner der Tarife öffentlicher und privater Betriebe für elektrische Kraft, Gas und Wasser, g) rasche und durchgreifende Entlastung von den ungeradeiten Kriegstrübslasten der Reparationen. Im übri-gen stellt der Württ. Industrie- und Handelsrat fest, daß nicht nur auf dem Gebiet der Rohstoffe und Halbfabrikate, sondern auch auf dem der lebenswichtigen industriellen Erzeugnisse wie Textilien, Schuhwaren usw., ferner auf dem Gebiet der Roh-rungs- und Genussmittel sehr erhebliche Preissteigerungen im Laufe des letzten Jahres eingetreten sind. Eine weitere An-schärfung der deutschen Warenpreise auf allen Stufen der Wertschöpfungs- und Wertschöpfungsverteilung an die veränderte Lage auf dem Inlande wie Auslandsmarkt liegt im eigenen Inter-esse der deutschen Wirtschaft und wird von ihr zur Behauptung ihrer Wettbewerbsfähigkeit so rasch als möglich zu Ende ge-führt werden. Dabei muß darauf hingewirkt werden, daß die bei sinkenden Preisen von jeder beobachtete — harte Ra-tifizierung der Käufertreue nicht zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Gesamtlage führt und durch ständigen Rück-gang von Aufträgen und Abbau der Fortgang des Preisabbaus unmittelbar in Frage gestellt wird.

Für ein Arbeitsdienstjahr der Jugend.

Der Landrat des Stahlhelm Baden-Württemberg hat an die Regierungen Württembergs und Badens die Auffor-derung gerichtet, in ihren Ländern einen Jugenddienst einzu-führen. Dieser Jugenddienst ist als Arbeitsdienstjahr für die württembergische und badische männliche Jugend zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr gedacht.

Einplan der Frankfurter Stadtverordneten gegen den Staatskommissar.

Frankfurt a. M., 11. Dez. Die Frankfurter Stadtverord-netenversammlung nahm heute einen Dringlichkeitsantrag der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Deutsch-nationalen und der Nationalsozialisten bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten an, wonach sie gegen die Einsetzung des Staatskommissars Einbruch und Verdränge gegen die Ver-ordnungen des Staatskommissars erheben. Gleichseitig nahm die Versammlung einen Antrag an, wonach dem Magistrat das Mißtrauen ausgesprochen wird und Oberbürgermeister und Stadtkämmerer ersetzt werden, sofort ihre Ämter nieder-zulegen.

Der Stahlhelm unter sich.

Berlin, 10. Dez. Die Ausbildungsfahrt der Stahlhelmer nach Rom zu Mussolini hat in weiten deutschen Kreisen leb-haftste Zustimmung erregt. Woher hatte man dabei geglaubt, daß die römischen 'Stadtreisenden' in Uebereinstimmung mit der Führung gehandelt hätten. Das ist nun doch nicht der Fall gewesen. Der zweite Bundesführer, Oberstleutnant a. D. Dübberberg, rügt zunächst als arge Disziplinlosigkeit, daß die Stahlhelmabordnung ohne Erlaubnis der Bundesführung in ihrer Heiligkeit in Venedig und Rom aufmarschierten und so ausgerichtet am 11. November an der italienischen Königs-parade bei der Waffenschau teilgenommen hätten. Er bezeichnet es als eine sehr zu bedauernde Eigenmächtigkeit daß die Kommandanten an einem Gedenkmal italienischer Soldaten einen Kranz niederlegten und Mussolini das Stahl-helmabzeichen als Erinnerungsgabe überreichte hätten. In einer Ansprache, wie sie Herr Dr. Deinke an Mussolini gehalten hatte, sei er in keiner Weise berechtigt gewesen. Die Bundes-führung mache sich diese Rede nicht zu eigen. Wenn Mussolini seit Jahren für eine Revision des Versailler Vertrages ein-trete, sei das lediglich als italienische Interferenzpolitik zu wer-ten, solange nicht entsprechende Taten folgten, z. B. eine grund-sätzliche Änderung der Regierungsmethoden gegen das deutsche Söldner. Weil Italien auf eine bewaffnete Auseinander-setzung mit Frankreich und Südfrankreich hindränge, sei ihm die Unterstützung durch Deutschland notwendig, deshalb sei man jetzt deutschfreundlich. Italien hoffe militärisch in drei Jahren so stark zu sein, daß es keine imperialistische Politik gedeben-wollte, falls auch mit der Waffe verfolgen könne. Deutschland ist aber in 3 Jahren, vielleicht auch in 6 Jahren nicht in der Lage, mit Aussicht auf Erfolg einen Krieg zu führen. Unsere der-zeitige Schwäche verlangt Zurückhaltung, Würde und Stolz. Nachlaufen entspricht unsere Stellung. Wir wollen nicht Landbesitz anderer Mächte werden. Soll das Deutschland wieder wie in vergangenen Jahrhunderten sich im Dienste fremder Mächte verdingen?

Ausland.

Der Kampf gegen das Weihnachtsfest in Sowjetrußland.

Konstantinopel, 11. Dez. Mit dem Hervorhoben der Weihnachts-feiertage hat in ganz Sowjetrußland eine unmaßlose Tätigkeit der religionsfeindlichen Organisationen eingesetzt. In Moskau und Leningrad werden am 25. und 26. Dezember alle Theater antireligiöse Stücke unentgeltlich aufgeführt. Allen Arbeitern und Angestellten wird zur Pflicht gemacht, diese Vorstellungen zu besuchen. Der Feldzug wird von dem Diktator der Woll-warenverbände, Karoski, geführt.

Beret zahlt zurück.

Paris, 11. Dez. Der ehemalige Justizminister Beret wird heute vormittag vor der parlamentarischen Untersuchungs-kommission im Cautel-Scandal zur mündlichen Vernehmung er-scheinen. Wie der 'Populaire' mitteilen mußte, hat Beret für seinen Dienst als Rechtsberater Cautels bis November des Jahres ein Jahresgehalt von etwa 100 000 Franken bezogen. Die Kommission mußte nun aber feststellen, daß er am Tage nach seiner Verladung, am vergangenen Montag nämlich, eine Summe von 2000 Franken, die sein Gehalt für die Periode seiner Ministerzeit darstellt, zurückgezahlt hat.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenburg, 12. Dez. (Sonntagsradsfahrarten und Ar-beiterrückfahrarten über Weihnachten.) Die Sonntagsrad-fahrarten gelten heute über Weihnachten: Zur Einfahrt vom Dienstag, 12. Dezember, 12 Uhr, an bis Sonntag, 14. Dezem-ber. Zur Rückfahrt vom Dienstag, 14. Dezember, bis Mont-ag, 15. Dezember, 9 Uhr vormittags. Die Benutzung von Schnellzügen mit Sonntagsradsfahrarten bleibt am Dienstag, 14. Dezember, und Mittwoch, 15. Dezember, ausgeschlossen, wird aber an den übrigen Tagen gegen Bezahlung des tari-fmäßigen Schnellzugesauschlages zur Hin- und Rückfahrt zu-gelassen. Gültige können an allen Tagen gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlages benutzt werden. Arbeiterrückfahr-fahrten können in diesem Jahre bereits vom 20. Dezember ab benutzt werden. Die Geltungsdauer der in der Zeit vom 20. bis 28. Dezember ausgehenden Arbeiterrückfahrarten wird ausnahmsweise bis zum 3. Januar 1931 einschließlich ver-längert.

(Wetterbericht) Schwacher Nostwind im Westen beeinflusst vorübergehend die Wetterlage. Infolge einer De-pression bei Island ist in dessen nach zeitweiliger Aufklärung für Samstag und Sonntag wieder mehrfach bedecktes, un-befriedigendes Wetter zu erwarten.

△ Herrenalb, 11. Dez. (Prüfungsergebnis) Wie wir berechnen, hat Herr Hubert Rösch, ein Sohn des f. Hoteliers und Stadtrats Karl Rösch, seinen Diplom-Inge-nieur gemacht. Unsere besten Glückwünsche!

△ Herrenalb, 11. Dez. (Hohes Alter.) Ein Sohn unserer Gemeinde, Herr Uhrmachermeister Karl Kübler, geboren auf der Bloslagemühle, in Gernsbach ansässig, konnte dieser Tage, von allen Seiten beehrt, seinen 80. Geburtstag feiern. Er war 28 Jahre in Gernsbach Gemeinderat und hat lebhaften Anteil an dem Aufstieg der Murgbahn. Jetzt noch beobachtet ein Mitglied der weitverbreiteten Familie Kübler den besten bekannten Ausflugsort im oberen Albale, wo un-gedülde Scharen erquickende Rast halten bei Quellriesel, Waldbrunnen und Sägenang. Nach einigen Urkunden, von denen wir Einsicht nehmen konnten, hat Jaf. Fr. Kübler, ein Sohn des Sägers Michael Kübler, vor 100 Jahren den Ge-

erwarteten Angriff eine
Der Albrand selbst über
verfügte außerdem noch
angeordnet ausgereicht
am Mittwoch der An-
bei Aufhäufung nicht mehr
beugung wird deshalb vor-
Donnerstag vormittag
den Strikanteng von
Ab erzwingen muß, um
die Übung abgebrochen
haben zweifellos außer-
lich bei der zerschlagenen
gewinnen ließ, die Ge-
lung des Geländes, aber
Mitteilungen in der Er-
Die Übung, der auch
nant Frhr. v. Sautter-
hatte trotz Ungunst der
und in Automobilen an-
wurde die Teilnahme an
dem Divisionstab in
sehr erleichtert.

auspöckelung des
auf Burg Geroldsdorf
große Helden-Freizeit
Altra Walden in Bad-
den Mai eingeweiht wer-
von Weisung, Kriegs-
Missionen im Erlebnis
vorbildlich begünstigend
Die Kunst der Helden-
Der Welt, die über sich
hütet, bedeutet einerseits
nehmen und andererseits
zu Ehren der Gestalt
zu fingen haben wird
von Zeit zu Zeit neben
veranschaulicht werden.
Der hat sich hundert Meier
n. Ein Blendenwerk mit
klärung eingebaut. Die
Furz durch Sammlungen
den.

riedensfürsten.
ischen Friedens.
überblom vom norwegi-
den er bekanntlich zu
Empfang. Aus diesen
Dr. G. in den 2. H. H.
treffen: auf dem Meer
treffe ist einen Dient-
des Friedensnobelpreises
t und der unermüdete
Konfessionen gerade jetzt
Randes hat sich drau-
bei der heutigen stillen
in einen Schluß Tee zu
lument in der Bruststöße
iger?"
en Sie, daß es untern
Anlagenpflege möglich
weihundertvierundfünfzig
übrig, als höflichermode
r Ihnen für das Geld h
bert.
Lee! Und du, Vera, h
ber!"
Entschluß, seinen Ag-
gewann der Sache
weihundertvierundfünfzig
lebstliche die Summe
des Herrn Onkel?"
ein, der darf keinesfalls
liste ich!" Robert will
obenstreichendes ausgeht

schieden, kannte die Dand-
renzen.
nehmen, den großzügigen
ur Haustür zu begrüßen,
reizend man es fände,
den Stadthute sehen läßt
en angeworfen, Robert
die Hand der Anabüßler.
ich Sie auch gleich mit
ben!"
Roh?"
idih!"
erin?"
Raum kommt sie noch
auf weg ist sie!"
te Robert, der mit Wohl-
Reiterin blühte.
artrotz!"
allgemein blüht!"
und in Berlin vielerlei
!"
(Fortsetzung folgt.)

der Welt verändert, seitdem ich zum ersten Male dem schwe-
dischen Kirchenfürsten gegenüberstand. Doch das alte Lyfala
is verändert, ist ewig jung. Alljährlich wieder bringt der
Spendentrom neues Blut in die schmalen Gassen der Juris-
diem, die schon lange vor Stockholm Schwedens Hauptstadt
are und noch immer geistiger Mittelpunkt ist. Auch der Erz-
bischof scheint der Alte zu sein — der Erwigung nämlich, an
dem die Jahrzehnte fast spurlos vorübergehen. Nur an den
Fängen kann man ihn dann und wann vielleicht eine Mädi-
gkeit, ein Altern ablesen — die Spuren einer Arbeitsüberlastung
und Selbstausopferung, die fast unbegreiflich ist.

Auch wenn Nathan Söderblom nicht das goldene Bischofs-
krone trüge, auch wenn man nicht wüßte, wen man vor sich
hat, muß die kleine Gestalt mit dem noch immer vollen Haar,
den gültigen Augen und der festlich wohlklingenden Stimme
in diesem Kreise Aufsehen erregen. Nicht nur, weil er alle
Sprachen gleich gut spricht, weil er auf allen Gebieten be-
sonderst ist; eine eigene Kraft liegt in seiner Persönlichkeit,
ein schwer beschreibbares Etwas, das ihn stets als den Ueber-
wiegenden, den geistigen Führer hervorhebt.

Gezeigt hat auch Nathan Söderblom manden Angriff aus-
zuhalten, manden Spott über sich ergehen lassen müssen. Wie
sonals, als er von der Kanzel gegen die kurzen Damenre-
setzerte und Reformvorläge machte, die zwar in der ganzen
Welt Aufmerksamkeit, aber nicht überall Zustimmung fanden.
Doch gerade die Bieleitigkeit des Erzbischofs ist es, die seine
Person aus der Masse hervorhebt und jedes Zusammentreffen
mit ihm zum Erlebnis macht.

Wir sind in die riesige Bibliothek im Oberhof hinaufge-
gangen, wo Nathan Söderblom sich zwischen seinen Bücher-
reihen offensichtlich am wohlsten fühlt. In lauten Stimmen
umgibt er die Ziele der dänischen Arbeit, bescheiden stellt
er seine Person und die große Ehrung, die ihm zuteil gewor-
den, in den Hintergrund.

Andere waren würdiger als ich. Die geistigen Werte der
christlichen Friedensarbeit wollte man ehren, als ich den Nobel-
preis erhielt. Die Einheit der christlichen Kirche ist ja offen-
bar: wir haben einen Glauben, wir beten ein Vaterunser,
die Taten der christlichen Liebe vereinigen uns. Diesen Be-
kenntnis der Einheit steht die tatsächliche Zersplitterung schmerz-
voll gegenüber. Ich glaube aber, daß der dänische Gedanke an-
spruch so kräftig und so bewußt gewesen ist, wie jetzt. Auch
die römische Kirche hat trotz ihrer Zurückhaltung viel Inter-
esse gezeigt.

Darüber, wie man die Einheit erreichen will, kann man
erweichender Meinung sein; die Hauptsache ist, daß man da-
für arbeitet — daß man die vorhandene Spaltung nicht noch
vergrößert. Wir kämpfen für die Einheit der christlichen
Weltkirchen, für christliche Brüderlichkeit auch über die Gren-
zable der Länder hinaus und für die Beilegung der Rechts-
verhältnisse. Unabsehbar der dogmatischen Unterschiede können
und müssen wir in den wichtigsten sozialen und ethischen Fragen
zusammenarbeiten.

Es sind gewiß keine leeren Worte und Lehren, die Nathan Söder-
blom mit innerer Wärme und seltener Uebereinstimmungskraft
anspricht. Die „Demobilisierung der Derzen“ hat man seine
Arbeit genannt; wie nahe liegt es, an jene andere „Arbeits-
ung“ zu denken, die auf endlosen Konferenzen noch keinen Schritt
weiter geführt hat! Könnte es einen würdigeren Empfänger
für das Friedensnobelpreis als den dynamischen Alfred
Nobel geben, als diesen Mann?

Nicht im Talar des Kirchenfürsten hat sich das Bild Nathan
Söderbloms bei mir eingepökt. Am deutlichsten steht er vor
mir, wie damals in Lyfala: die kleine Gestalt mit dem großen
hat, die ohne zu zögern, in die Speichen greift...

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 11. Dez. (Schlachtolehmacht) Dem Donnerstagmarkt
am Hölz, Vieh- und Schlachthof wurden zuzuführen: 8 Ochsen,
20 Sumpfbullen (unverkauft 10), 78 (30) Jungkinder, 19 Kühe,
75 Kälber, 797 Schweine, 1 Schaf. Erlös aus je 1 Tr. Lederbe-
richt: Ochsen —, Bullen a 48—48 (letzte Markt ano.), b 42—45
(ano), Jungkinder a 53—57 (ano), b 47—51 (ano) Kühe —, Käl-
ber b 70—72 (70—74), c 63—68 (65—69), d 58—61 (60—63), Schweine
a 110 über 300 Pfd. 65—66 (ano), b 108—110 (ano) von 240—300 Pfd.
65—66 (66), c von 200—240 Pfd. 64—65 (63—66), d von 160 bis
200 Pfd. 63—64 (ano), e von 120—160 Pfd. 61—62 (62—63), Sauen
6—52 (ano) Wk. Marktverlauf: Großvieh schlappend, Ueberfland,
Kälber ruhig, Schweine belebt.

Neueste Nachrichten.

München, 11. Dez. Der Verfassungsausschuß des Landtages
nahm im Laufe der Beratungen über das Landeswahlgesetz einen
Antrag der Bayerischen Volkspartei an, der vorschlügt, das Wahl-
recht für den bayerischen Landtag von 20 auf 21 Jahre hinaufzusetzen.
Sagen den Antrag stimmten die Nationalsozialisten und die Sozial-
demokraten. Der Vertreter der Staatsregierung hatte in der Aus-
sprache erklärt, daß das 17-jährige Wahlalter mit 20 Jahren eine Abnor-
malität darstelle und endlich einmal beseitigt werden müsse.

Berlin, 11. Dez. Alexander Zuhlow, der geschiedene Mann der
verstorbenen Prinzessin Viktoria von Preußen, zeigt in letzter Zeit
deutlich Merkmale geistiger Störung, so daß sich seine Familie ent-
schloß, ihn in eine Heilanstalt unterzubringen. Man nimmt an, daß Zuhlow nur vorübergehend in eine Klinik ge-
bracht werden soll, um dann endgültig in eine Irrenanstalt überführt
zu werden.

Berlin, 11. Dez. Gestern nachmittag brach im Kinderhort Fried-
rich (Medienburo) der Boden einer zwei Meter tiefen Abwahr-
ung, als etwa 30 Kinder auf dem Bodenbelag spielten. Ueber 3
Kinder stürzten in die Grube und drohten zu erstickenden bezugs-
los zu erstickten. Auf die Hilfeleistung der aufstehenden Schwestern
des Bewohner der Nachbarschaft, Postamt und einige Ärzte derbei,
kam es gelang, die Kinder zu retten. Einige von ihnen waren be-
deutend verletzt worden, doch konnten sie nach langen Bemühungen
weder ins Leben zurückgerufen werden.

Berlin, 11. Dez. Die Kommandantur Berlin hat, dem Lokalan-
führer zufolge, den Reichswahngeldigen bis auf weiteres den Be-
zug der Rosartikellspiele und des Betretens des Rollenspielfreies wäh-
rend der Kundgebungen verboten. Es soll damit vermieden werden,
daß Reichswahngeldige, wenn auch nur ganz zufällig, in die Lög-
le vor hostilisierten Demonstrationen verwickelt werden.

Bern, 11. Dez. Die vereinigte Bundesversammlung wählte heute
mit 158 Stimmen von 160 gültigen Stimmen den bisherigen Prä-
sidenten, Bundesrat Häberlin zum Bundespräsidenten für 1931.
Es wurden 25 beschreibende Ämter abgeben, 7 waren unbesetzt.
Der Vizepräsident des Bundesrates wurde mit 162 von 181 gültigen
Stimmen Bundesrat Rotta gewählt. Leer abgegeben wurden 26
Stimmen, unzulässig waren 8.

Wien, 11. Dez. Die Nationaldemokraten haben einen Dring-
lichkeitsantrag eingebracht, wonach alle, die an der Einbrecherung von
Kriminalgeheimnissen im Militärgefängnis von Be-
nennung haben, strafrechtlich verfolgt werden sollen. In der Be-
sprechung wird u. a. darauf hingewiesen, daß die Missetat nicht nur
gegen die Anwesenheit, sondern auch geschlagen und m'handelt
werden sind. Derselbe ist eine furchtbare Schande des zivilisierten
Weltens.

Kopenhagen, 11. Dez. Der frühere Reichsbankpräsident Dr.
Schmidt ist gestern nacht mit dem Tode nach Berlin abgereist. Schmidt
wird in der deutschen Gesellschaft zu Ehren Dr. Schmidt ein
Stellen hat, an dem u. a. Ministerpräsident Canning, Außenminister

Dr. Raach, die Direktoren der Nationalbank und andere Spitzen des
dänischen Wirtschaftslebens geladen waren. An das Festessen schloß
sich ein Empfang.

Dona, 11. Dez. Der frühere Staatssekretär Kellogg, der hier zur
Entgegennahme des Friedensnobelpreises gewirkt hat, ist heute nach
Berlin abgereist.

Paris, 11. Dez. Nach Hoosermeldungen aus Schanghai sind
10 000 Kommunisten aus der Provinz Kwangsi in die Provinz Kwang-
tung eingedrungen. Sie plündern und mordeten und haben sich der
Stadt Wampung bemächtigt, deren Behörden geflüchtet sind. In
Schanghai wurden acht des Komplottes gegen Tschanghaier de-
schuldig Kommunisten hingerichtet.

London, 11. Dez. Die Bemühungen von fünf Feuerwehren ist
es endlich gelungen, das 30 Stunden lang wütende Feuer auf dem
ehemaligen deutschen Ozeandampfer „Empire of Scotland“ zu unter-
drücken. Man konnte der Flammen nur dadurch Herr werden, daß
man 10 reichliche Löcher in die Schiffseiten schalt und riesige Wasser-
mengen in das Innere des Schiffes leitete.

London, 11. Dez. Lloyd meldet aus Kobe, daß der dem Nord-
deutschen Lloyd gehörende Dampfer „Schlesien“, von dem Bremen und
Kiel über nach Moskau unterwegs war, auf der Westseite der Uchihot-
Stoße (Nisafoto) in der Nähe der Amabuchi-Insel gestrandet ist. Es
wird ergänzt berichtet, daß bereits ein Bergungsdampfer nach der
Unfallschleife geschickt ist. Eine Erösche für Schiff und Mannschaft soll
nicht bedürfen.

Washington, 11. Dez. Der Senat nahm die Vorlage über die
Ausführung öffentlicher Bauarbeiten zur Änderung der Arbeitslohn-
höhe an, nachdem er die hierfür vorgesehene Summe von 110 auf 115
Millionen Dollar erhöht hatte.

Vancouver, 11. Dez. Fast zwei Monate lang hatten kanadische
und amerikanische Fluggesellschaften die oermitteln Flieger Barko, Koning
und Martens, die seit Anfang Oktober im Felsengebiet vertrieben
waren, gefloht. Heute wird nun gemeldet, daß Koning und Martens
wöllig erschöpft in den östlichen Gebieten des Nordens in einem Lager
neben der Erde Barkos aufgefunden wurden. Von den Fliegern, die
die Suche nach den Vermissten aufgenommen hatten, sind seit Ende
Oktober drei verschollen.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 11. Dez. Der Landtag nahm in seiner heutigen
Sitzung die Einzelberatung der Tarife der Landespolizeiordnung
vor und stimmte dabei im großen und ganzen unter Aus-
scheidung verschiedener kommunistischer und sozialdemokratischer
Änderungsanträge den Ausschlußbeschlüssen zu. Eine Aus-
sprache gab es insbesondere über die Gebühren für die Erlaub-
nis zur Feuerbestattung. Sozialdemokraten und Kommunisten
beantragten die Streichung dieser Gebühr, ihre Anträge wur-
den indessen abgelehnt. Nach einem sozialdemokratischen An-
trag sollte weiterhin die Höchstgebühr für die Beerdigung von
Bauernhauptleuten auf 1000 Mark herabgesetzt werden. Es
bied aber bei dem Ausschlußbeschluss mit 10 000 Mark. Ein
sozialdemokratischer Antrag betr. Streichung der Gebühren für die
Genehmigung von Gemeinderäten, wurde abgelehnt. Angenommen
wurde ein Antrag Bauer (Wk.), die Gebühren bei Veräußerungen
zur Bestellung im Staats- und Kommunaldienst wie folgt fest-
zusetzen: Bei den Besoldungsgruppen bis 8 auf 20 Mark,
9—5 auf 10 Mark, 11 und abwärts auf 10 Mark. Dann
wurde in die zweite Beratung eines dritten Änderungs-
gesetzes zum Feldbereinigungsgesetz eingetreten. In Artikel 1
knüpfte sich eine Aussprache an, der sich die Abgeordneten
Kenz (Fr.), Rath (D. W.), Bauer (Soz.), Fischer (Komm.)
und Bergmann (Wk.) beteiligten. Letzterer bemerkte gegenüber
dem kommunistischen Redner, er verhehe nicht, warum die
Kommunisten so lange in dem deutschen Reichland herum-
laufen, wenn es in Rußland doch so schön sei. Auch noch die
Einzelberatung gab noch zu kurzen Ausführungen verschiede-
ner Abgeordneten Anlaß. Die einzelnen Artikel wurden nach
den Ausschlußanträgen angenommen. Nächste Sitzung Freitag
nachmittag 3 Uhr.

Riesige Unterschlagungen in einer bayerischen Elektrizitätsgesellschaft.

Munich, 11. Dez. Bei der Bayerischen Elektrizitäts-
lieferungsgesellschaft wurden vor einigen Wochen größere Un-
terschlagungen aufgedeckt, die zur fruchtlosen Entlassung des
kaufmännischen Direktors und einiger Abteilungsleiter führ-
ten. Der eine Abteilungsleiter Kersch hat sich gestern nach-
mittag 1/2 Uhr in den hiesigen Anlagen erschossen. Er war
für gestern nachmittag, da die Staatsanwaltschaft bereits die
Sache in die Hand genommen hatte, zum Untersuchungs-
richter geladen worden. Der technische Direktor Rapary ist
am Dienstag früh ebenfalls fruchtlos entlassen und gestern durch
die Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Wie verlautet, sollen
die Unterschlagungen sich auf etwa 100 000 bis 150 000 Mark
belaufen.

Ein Rückzug Orzeszka.

Berlin, 11. Dez. Der Volsgepräsident hat die Aufstellung
von Wehrmachtsoffizieren der Weisarmee nun doch „ausnahms-
weise“ genehmigt. Das Verbot dieser Sammlung, die seit 10
Jahren unbeanstandet vorgegangen ist und Tausenden von
Armen zu einer Wehrmachtstunde verholten hat, war so un-
sozial und tendenziös, daß auch einige Kreise der Sozialdemo-
kratie die Maßnahme entschieden mißbilligt haben.

Die Post wird billiger.

Berlin, 11. Dez. Trotz der ungünstigen Finanzlage der
Reichspost, die im abgelaufenen Teil des Geschäftsjahres Win-
dereinnahmen von 71 Millionen verzeichnet, und für das ganze
Jahr mit 100 Millionen Mark Mindereinnahmen rednet, hat
sich die Reichspost entschlossen, die Preisermäßigung der
Reichsregierung durch eine Gebührensenkung zu unterstützen.
U. a. sollen die Gebühren für Drucksachen von 5 Pfg. auf 4 Pfg.
und in ähnlichem Ausmaß die Gebühren für Briefsendungen
gesenkt werden. Starke Debatteungen sind geplant für die
Votagebühren in der zweiten und dritten Zone, und ermäßig-
werden schließlich auch die Telegramm- und Fernspreckgebüh-
ren, wobei insbesondere die Gebühren für dringende Geldred-
den vom Dreifachen auf das Zweifache der normalen Gebüh-
rengebühr herabgesetzt werden.

Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wünscht weitere Einsparungen im Etat.

Berlin, 11. Dez. Die Reichstagsfraktion der Deutschen
Volkspartei hat am gestrigen Donnerstagabend beschlossen,
im Reichstag einen Antrag einzubringen, die Reichsregierung
zu ersuchen, zur Sicherung gegen Schwankungen des Wirt-
schaftslebens dem Reichstag vor dem Eintritt in die Einzel-
beratung des Reichshaushalts für 1931 1. einen Ergänzung-
haushalt vorzulegen, der die Einsparung eines weiteren Be-
trages von mindestens 200 Millionen Mark an den ordent-
lichen Ausgaben herbeiführt, 2. die zu diesem Zwecke erforder-
lichen Gegenmaßnahmen vorzulegen.

Prellrückgang in allen Abteilungen
Strick- u. Häkelwollen 100 Gramm
Beste Fabrikate M. -95 M. 1.30 M. 1.50
Neuenbürg Fritz Schumacher Pforzheim

Aus dem Reichstag.

Berlin, 11. Dez. Im Reichstag wurden am Donnerstag
die Anträge zu der Hochwasserkatastrophe in der Ausschluß-
fassung angenommen. Die Hochwasserhilfe soll sich insbesondere
auf Ober- und Niederschlesien, sowie auf das Gebiet des Rheins
und seiner Nebenflüsse und auf die sächsischen Oberlausitz er-
strecken. Außerdem wurde der Ausschlußantrag über den Aben-
schluß am Weihnachtstheilabend angenommen. Danach dürfen
offene Verkaufsstellen bis 5 Uhr, Blumenstände bis 6 Uhr
und Gastwirtschaften bis 7 Uhr geöffnet sein.

Der Remarque-Film endlich verboten.

Der Remarque-Film vor der Film-Überprüfungsstelle.

Berlin, 11. Dez. Vor der Filmüberprüfungsstelle begann heute
vormittag 10 Uhr im Reichsinnenministerium die Prüfung
des Filmes „Im Westen nichts Neues“ mit einer Vorführung
des in Deutschland zugelassenen Bildstreifens. Nach der Vor-
führung des Filmes wies der Vorsitzende der Überprüfungsstelle zu-
nächst darauf hin, daß die Verhandlungen von der Fassung
ausgegangen hätten, in der der Bildstreifen gezeigt worden sei.
Dahin gab er den beiden Sachverständigen das Wort. Der
Sachverständige des Reichswehrministeriums, Kapitänleutnant
von Baumhoff, führte u. a. aus: Dem Reichswehrministerium
ist bekannt, daß bereits im April d. J. der deutsche General-
stabschef in San Francisco Protokollschritte bei den Vertretern des
Films unternommen hat, denen ähnliche Schritte des Verlags
Waldheim folgten. In dem verflochtenen Jahrbuch sind freundschaftliche
Bande jeder Art zwischen den Nationen angeknüpft
worden. Auf einem Gebiet aber hat sich der Völkerverhaß
nicht durchsetzen können. Auf dem Gebiet des Films! Der
Typus des primitiven Kriegsfilms ist zwar ausgefallen;
an seine Stelle ist eine andere Art von Filmen getreten, in
denen der Deutsche verhöhlt oder auch unverhüllt unaufrichtig
und schamlos unbeschäftigt als lächerlich, brutal und feige Fi-
gurett wird. Das Interesse der Wehrmacht ruht dabei und
wird immer wieder dadurch neu angefaßt, daß in diesen aus-
ländischen Filmen der größte Teil den Krieg und die deutsche
Wehrmacht karikiert, herabsetzt und verächtlich macht. Auf
Grund der in den letzten drei Jahren eingegangenen amtlichen
und privaten Berichte hat das Reichswehrministerium eine Liste
antideutscher Filme zusammengestellt, die 4 bis 45 Bildstreifen
zählt. Ebenso wie die deutschen Offiziere werden in diesen
Filmen die einfachen Soldaten geismacht. Man läßt sie in
Feindesland Schlösser plündern, Zivilpersonen mißhandeln,
Frauen vergewaltigen. Wie die Tiere fressen und saugen unsere
Soldaten. Nur wenn sie Ketten loslagern können, werden
sie mauert und vergewaltigt. Man läßt Hunde die deutsche Fahne
zerreißen, man läßt Offiziere ihre Untergebenen mißhandeln
und mit Ohrfeigen zu niedrigen Diensten zwingen. Das
Eiserne Kreuz wird Dunden umgehängt. In anderen Filmen
wieder arbeitet man die Hoffnungen der deutschen Soldaten
unsympathisch und ostendend heraus. Man läßt sie in ser-
vierten Uniformen mit verabscheuten Gesichtern auftreten.
Mit Weisheitsreden kühnen Offiziere Zivilpersonen im Gesicht
beraun. Der Film „Im Westen nichts Neues“ läßt sich mehr
stößlich im antideutschen Sinne aus. Das Wehrministerium
hat stets einen klaren Standpunkt zu diesen Filmen eingenom-
men. Es hat stets einen klaren, aber eindeutigen und ge-
rechten Maßstab angelegt, und wird diese Daltung auch in
Zukunft einnehmen. Das Reichswehrministerium beabsichtigt
nicht, sich in Fragen der nationalen Ehre und der Ehre der
Armer von irgend jemand an Empfindlichkeit übertreffen zu
lassen. Deshalb wird der deutsche Soldat in diesem Film nicht
mit der Würde geschändet, die er noch seinen unvergleichlichen
Kriegesleistungen verdienst. Wenn Frontsoldaten in der Presse
äußern, wie furchtbar der Krieg gewesen ist, so steht das in
seinem Widerspruch zu dem Protest anderer Frontsoldaten und
der Wehrmacht gegen diesen Film. Dieser Frontsoldat richtet sich
ausschließlich dagegen, daß die Leistungen des deutschen Sol-
daten im Weltkrieg in den Augen der Welt gerühmt werden.
Warum muß dieser Film mit allen seinen häßlichen Szenen
durchaus in der deutschen Wehrmacht spielen? Deshalb muß
überhaupt immer, wenn etwas Antideutsches verlangt wird,
wenn im antimilitaristischen Sinne agitiert, wenn für den
Positivismus geworben werden soll, weislich müssen derartige
Werke stets in der deutschen Arme spielen?

Der Vertreter des Reichsinnenministeriums, Ministerialrat
Hode, führte in seinem Gutachten aus: Der Film wird zu
einer einseitigen Darstellung des allen gemeinsamen Kriegs-
erlebnisses. In der Hauptfrage zeigt er das deutsche Volk aus-
gehungert, erschöpft und das Meer ergränzt durch die allerjüng-
sten Jahrgänge. In dem letzten Aufzuge knochenhafter Ge-
halten wird die Niederlage nicht nur vor Augen geführt, son-
dern auch als schicksalstunend dargestellt. Der Film ist nicht
eine Darstellung des deutschen Krieges, sondern eine Darstel-
lung der deutschen Niederlage und wirkt dabei auf den deut-
schen Wehrbauer unaufrichtig und niederdrückend. Das alles
Wenschliche tritt infolge seiner einseitigen Darstellung für den
Beschauber in tief depressiver Weise in den Vordergrund.
Es mag sein, daß auch ein solcher Film in einer politisch
ruhigen Zeit selbst unterschiedlich dem Krieg gegenüber ein-
gefaßten Beschauern vorgeführt werden kann, ohne daß eine
Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu befürchten wäre. Der
Film darf aber hinsichtlich seiner Wirkungsmöglichkeiten nicht
im leeren Raum beurteilt werden. In der Frage, ob seine
Vorführung die öffentliche Ordnung gefährdet, kann nur unter
Berücksichtigung der gesamten Zeitverhältnisse Stellung ge-
nommen werden. In der Frage, ob seine Vorführung die
öffentliche Ordnung gefährdet, kann nur unter Berücksichtigung
der gesamten Zeitverhältnisse Stellung genommen werden.
Das deutsche Volk ist in diesem Winter in einem Zustand lo
hier seltsamer Not und innerer Zerrissenheit, daß alles abzu-
lecken ist, was geeignet ist, den inneren Zwiespalt noch zu
vertiefen. Der Reichsminister des Innern deucht unter diesen
Umständen die Frage, ob die Vorführung des Filmes geeignet
ist, die öffentliche Ordnung zu gefährden.

Darauf kamen die Landesvertreter zu Wort. Für Sachsen
sprach Ministerialrat Voelck, der auf die starke Spannung im
ganzen Lande hinwies, deren Ursache gerade in dem Kriegs-
erlebnis liege, das in dem Film gezeigt werde. Der Deutsche
habe in einer solchen Situation, in der Deutschland sei, nicht
das Gefühl, vom Ausland überhaupt verstanden zu werden.
Der Vertreter Sachsens schloß sich vollinhaltlich dem Stand-
punkt des Reichswehrministeriums und des Reichsinnenmini-
steriums an. Den gleichen Standpunkt nahm für Thüringen
Oberregierungsrat Beipelmann ein. Auch der Vertreter für
Preussens, Erz. Bode, schloß sich den Ausführungen der
Landesvertreter an. Recht temperamentvoll gehaltenen sich die
Ausführungen des Vertreters Bayerns, Erz. v. Imhof, der
von dem Film auch eine entsetzliche, ja sogar verwerliche
Wirkung auf das Volk und auf die Jugend befürchtete. Die
wirklich erbebenden Momente des Opfermutes und des mutigen
Kampfbereitsamen in dem Film überhaupt nicht zum Aus-
druck. Für Bärtemberg sprach dann Min. Dr. Wid-
mann gleichfalls von der entsetzlichen Wirkung des Filmes
und wies besonders auf die Einseitigkeit der Darstellung des

deutschen Seppentanz Dummelhof im Top des Unteroffiziers bin.

Berlin, 11. Dez. Nach halbständiger Beratung veränderte der Vorsitzende der Filmoberprüfstelle das Urteil, wonach der Film wegen Gefährdung des deutschen Ansehens verboten sei. In seiner Begründung führte der Vorsitzende der Oberfilmprüfstelle aus: Im Gegensatz zu Dr. Frankfurter sehe die Oberfilmprüfstelle die Anwendung des § 4 des Filmgesetzes als gegeben an, insofern, als die Behauptung eines Landes genüge, daß die Anwendung des Filmgesetzes irrig erfolgt sei. Das entspreche auch dem Zweckgehalt des Filmgesetzes, denn die Oberprüfstelle soll die Möglichkeit haben, auch die Auswirkungen eines Filmes vor Augen zu haben. Die Oberfilmprüfstelle habe sich dem Standpunkt von Dr. Frankfurter angeschlossen, daß es sich um eine Frage der pazifistischen Weltanschauung handle. Dann könnte es aber unmöglich sein, daß es sich um das Schicksal von 9 Freiwilligen gehandelt habe. Da es sich um Weltanschauungsfragen handle, seien die spielenden Personen Typen und nicht Einzelschicksale. Und diese Typen werden das Ansehen der Kriegsteilnehmer auf das empfindlichste verletzen. Es wäre unbestreitbar, daß es nur deutsche Soldaten wären, die jammern und schreien, während die Franzosen, die gegen den Stachelbrant antreten, schwiegend sterben würden. Im ganzen werde der Film der Weltanschauung der Teilnehmer am Kriege nicht gerecht. Die Oberfilmprüfstelle habe sich im übrigen dem Standpunkt des Reichsinnenministeriums angeschlossen, daß der Film die deutsche Niederlage und nicht den Krieg zeige. Er möchte, so betonte der Vorsitzende, das Volk sehen, das sich die Darstellung der eigenen Niederlage gefallen lasse. Wenn der Film weiterliefe, so würde das Ausland doch sagen, daß wir die Darstellung billigen würden. Im übrigen sei die Entscheidung der Oberfilmprüfstelle nicht unter dem Druck der Straße gefallen. Auch habe sich die Oberfilmprüfstelle nicht von der Drohung Dr. Frankfurters beeinflussen lassen, die amerikanische Industrie würde im Verfolg des Verbotes des Filmes sich aus Deutschland zurückziehen. Das Verbot erfolge wegen der Gefährdung des deutschen Ansehens im Ausland.

Schlangen im Lichtspielhaus.

Berlin, 11. Dez. Im Kampfgebiet des Kolonnen- und Wittenbergplatzes, ist es gestern abend nach dem Demonstrationenverbot des Polizeipräsidenten und nachdem auch Gobelet die Parade "Kampfpause" ausgegeben hatte, im Großen und ganzen ruhig geblieben. Kleinere Ansammlungen, die sich hin und wieder bildeten, wurden von der Polizei, die den

Platz vor dem Kaiserpalast hermetisch abgeschlossen hatte, mühe-los zerstreut. Dagegen kam es bei der 7-Uhr-Vorstellung des Filmes zu einem Zwischenfall. Obgleich die Polizei zu Beginn der Vorstellung jeden Besucher auf Waffen und Stindbomben untersucht hatte, war es einem Mann gelungen, Schlangen in den Zuschauerraum des Theaters zu bringen. Nach Schluß der Vorstellung schrie eine Dame plötzlich auf und behauptete, es sei eine Schlange unter ihrer Bank. Tatsächlich wurde dann auch festgestellt, daß 3 Blindschleichen unter den Stuhlreihen des Parketts entlassen worden. Einige Frauen trugen hysterische Schreie aus. Schmutzpolizei nahm die Blindschleichen in ihre Obhut. — In einer Besprechung der Filmurheber in Berlin erklärt der Londoner "Daily Herald", die Behauptung, der Film sei antideutsch, sei direkt lächerlich. Die Nationalsozialisten protestierten ja gar nicht gegen den Film, weil er antideutsch sei, meint das Blatt, sondern weil er gegen den Krieg sei. Der Film sei also das beste Propagandamittel gegen den Krieg, das man in den letzten Jahren gehabt habe.

Das Genfer Abrüstungsfiasko.

London, 11. Dez. Während die Zeitungen die optimistische Neußerung Lord Robert Cecil über die Aussichten der weiteren Entwicklung der Abrüstung veröffentlichten, nimmt das Regierungsblatt "Daily Herald" in weniger leichtgläubiger Weise zum Abschluß der kommenden Abrüstungsverhandlung Stellung. Das Blatt schreibt: Wir würden gern so optimistisch sein wie Lord Robert Cecil, wenn wir die Aussichten der kommenden Abrüstungskonferenz beurteilen. Wir würden andererseits nur sehr ungern so pessimistisch wie Graf Bernstorff, der deutsche Delegierte, sein. Wir glauben aber, daß die Wahrheit in der Mitte zwischen den beiden Extremen liegt. Die Tatsache, daß der Entwurf verabschiedet wurde, stellt im wesentlichen einen beträchtlichen Erfolg dar, wenn auch der Erfolg selbst hinter den Erwartungen sehr weit zurückbleibt. Es ist vollkommen richtig, wenn Graf Bernstorff sagt, daß von dem Willen zur Abrüstung nicht viel zu merken war. Aber es ist wenigstens ein Rahmen geschaffen worden, in dem das nötige Bild der Abrüstung hineingestellt werden kann. Die Abrüstung wird erst auf der Konferenz selbst kommen. Die schwere Arbeit wird in den 15 Monaten bis zum Zusammentritt der Vollkonferenz geleistet werden müssen. Wir glauben nicht, daß die Konferenz, wenn sie heute zusammentritt, viel erreichen könnte. Frankreich und Italien, noch viele der kleineren Mächte, würden sich zu einer einheitlichen Verabredung ihrer Abtun-gen bereit erklären. Die Hoffnung liegt darin, daß die internationale Situation sich bis 1932 so verbessert, daß dann eine

Reduktion durchgeführt werden kann, die jetzt unmöglich scheint. Auf den Staatsmännern lastet eine schwere Verantwortung und die öffentliche Meinung rechnet darauf, daß sie ihre Verpflichtungen erfüllen, von denen die Zukunft des Weltfriedens abhängt.

Italienischer Kommentar.

Mailand, 10. Dez. Mussolinis "Popolo d'Italia" stellt resigniert den Mißerfolg der Revisionbestrebungen und der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf fest und schreibt u. a.: "Vergeblich hat Italien die Revision der Friedensverträge und die Abrüstung als die Mittel bezeichnet, um Europa die ungeheuren Ersparnisse eines Krieges zu sichern. Jetzt hat sich gezeigt, daß die Revision unmöglich ist wegen der militärischen Bündnisse, die Frankreich zur Verteidigung des Status quo verpflichteten. Die geheimen Verträge, mit denen Frankreich sich die diplomatische und militärische Allianz Belgiens, Polens, der Tschechoslowakei, Rumaniens und Südfrankreichs gesichert hat, dienen jetzt diese Staaten, um von Frankreich absolute Unverletzlichkeit gegen jede Revisionsabsicht zu verlangen. Andererseits steht fest, daß England Frankreich politisch freie Hand läßt, um seine Abtunungen bis zum Jahre 1932 das heißt bis zur Vervollendung des Kulturprogramms Lord Balfours-Magnot-Bertrag, fortzusetzen. Abdam wird es schwierig sein, die Abrüstungskonferenz vor einem Mißerfolg zu bewahren und wahrscheinlich wird man nur feststellen können, daß die Abrüstungsverpflichtungen des Völkerbundsabkommens erfüllt bleiben."

Tituleffeu fordert eine Völkerbundsaktion gegen die Weimarschaftsreise.

London, 11. Dez. Auf der heutigen Sitzung der Völkerbundaktion führte das Parlamentsmitglied Sir J. D. Halls, der den Vorschlag führt, in einer Rede über die Tätigkeit der Union während der vergangenen Monate u. a. aus, daß das gegenwärtige Jahr für den Völkerbund und seine Anhänger sehr schwierig gewesen sei. Auf dem sich an die Sitzung anschließenden Frühstück betonte der rumänische Gesandte und diesjährige Vorsitzende der Völkerbundsversammlung, Kiseleff Tituleffeu, daß die Lösung der Krise der Weltwirtschaft eine Aufgabe des Bundes sei. Der Bund solle eine Untersuchung der allgemeinen Wirtschaftskrisis auf weltumspannender Ebene in die Wege leiten. Wenn nicht irgend eine internationale Zusammenarbeit erreicht wird, schloß Tituleffeu, kann die Welt von einer Katastrophe heimgesucht werden, denn die geistige Menschheit ist im Begriff, die Geduld zu verlieren.

Bekanntmachung.

In der für den Oberamtsbezirk Neuenbürg geltenden Ausverkaufordnung vom 31. März 1927 (Engländer Nr. 70) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Mai 1929 (Engländer Nr. 120) werden die Bestimmungen über Saison- und Inventur-Ausverkäufe wie folgt geändert:

§ 7 Abs. 2 lautet:

„Saison- und Inventur-Ausverkäufe sind nur zweimal im Jahre in der Weise zulässig, daß der Inventur-Ausverkauf mit einem Saison-Ausverkauf verbunden wird. Diese Ausverkäufe dürfen nur innerhalb eines vierwöchigen Zeitraumes, der mit dem dritten Samstag des Monats Januar beginnt, mit dem dritten Samstag des Monats Juli beginnt, stattfinden und je die Dauer von 15 Tagen nicht überschreiten.“

Neuenbürg, den 10. Dezember 1930.

Oberamt: Schmid, Regierungstrat.

Amtsgericht Neuenbürg.

Ueber das Vermögen der Frau Elsa Daur, Inhaberin eines Schwarzwaldbazars in Wildbad, ist am 9. Dezember 1930, vormittags 11 1/2 Uhr, nach Ablehnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens das

Konkurs-Verfahren

eröffnet worden. Konkursverwalter ist stellv. Bezirksnotar Harr in Wildbad, in dessen Behinderungs-falle Bezirksnotar Brehm in Wildbad. Termin zur Beschlusfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, Bestellung eines Gläubigeraus-schusses und über die in § 132 KO. bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen vor dem Amtsgericht Neuenbürg:

Samstag den 17. Januar 1931, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an die Gemehnschuldnerin zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis 10. Januar 1931 Anzeige zu machen. Konkursforderungen sind bis zum 10. Januar 1931 beim Amtsgericht anzumelden.

Für Musik-Unterricht

in Klavier und Violine nach bewährter Methode empfiehlt sich Julie Huber, Rotenbach. Langjährige Lehrtätigkeit an Konservatorien. Unterricht nach Wunsch im Haus des Schülers oder außerhalb.

13. Bez.-Geflügel- und Kaninchenchau

am 13. und 14. Dezbr. 1930 im „Anker“-Saal Calmbach a. G., wozu jedermann eingeladen ist. Günstige Kaufgelegenheit. Eintritt 20 Pfg. — Glückshafen.

Langenbrand, den 11. Dezember 1930.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Friedrich Bott,

Kabinettsmeister a. D.,

im Alter von 58 Jahren durch Unglücksfall plötzlich aus unserer Mitte gerissen wurde.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Samstag nachmittags um 1/3 Uhr statt.

Heute verschied nach schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Frau Helene Kiefer,

geb. Comberger.

Robert Kiefer, Hotel „Deutscher Hof“.

Dr. Emil Kiefer.

Lella Losh, geb. Kiefer.

Stadtpfarrer Fritz Losh.

Margarete Kiefer.

Walter Kiefer.

Wildbad, den 10. Dezember 1930.

Die Beisetzung findet am Freitag den 12. Dezember, 1 1/2 Uhr nachmittags, vom Trauerhause aus statt.

Diejenigen, die in den Jahren von 1924 bis 1930 gebaut haben

und von der Wohnungskreditanstalt ein Darlehen erhalten haben, werden auf Sonntag, 14. Dezember, nachmittags 2 Uhr, zu einer

Besprechung

in das Gasth. „Eintracht“ in Neuenbürg eingeladen.

Pelze

Mäntel, Besätze, Halskrawatten usw. kaufen Sie in bekannt bester Qualität und billigsten Preisen im Pelzspezialhaus

A. & H. Kilb, Pforzheim, Metzgerstraße 21. Umarbeitungen werden fachmännisch und billig in eigener Werkstatt ausgeführt. — Zahnarztbesuch gestattet!

Snferate heben den Umsatz!

Neuenbürg.

Morgen Samstag



Megelsuppe

bei Scholl & „Traube“.

Chauffeur

mit Verkaufsfähigkeiten oder Kaufmann

mit Führerschein findet unter Führung eines langjährig tätigen Vertreters für Aussteuer-

artikel gute Erlöse. Auto zur Verfügung. Interesseneinlage erwünscht, aber nicht Bedingung. Handschriftliche Bewerbung mit Darlegung bisheriger Tätigkeit unter K K 40 an die Engländer-Geschäftsstelle.

Herrenalb.

Samstag und Sonntag



Schlachtpartie

Hotel „Deutscher Hof“

Ski-Klub

Herrenalb.

Sonntag den 14. Dez. abends 8 Uhr, findet im Hotel

Kull unsere Jahres-Versammlung

statt. Mitglieder und Freunde sind herzl. eingeladen

NB.: In diesem Winter hat für Anfänger ein Kurs

statt. Vorsitzender P. Zibold

Feldrennach-Langenalb.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Sonntag den 14. Dezember 1930 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Lamm“ in Langenalb freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung anzunehmen zu wollen.

Gottlob Kling, Architekt,

Sohn des † Fr. Kling, Maurers.

Anna Gertrud Weber,

Tochter des Fr. Weber, Schreiners.

Kirchgang 1/2 11 Uhr in Langenalb.

Birkenfeld.

Radio-Anlagen,

Dektoren, Röhren, Lautsprecher, sämtl. Ersatz-Apparate mit eingebautem 4poligem Lautsprecher und Röhren

von Mk. 89.50 an, sämtl. elektr. Artikel u. Beleuchtungs-Artikel kaufen Sie am besten und billigsten bei guter und gewohnter Ausführung und günstigsten Zahlungsbedingungen

Radio-Haus Otto Wessinger, Baumgartenstraße 10.

Mon... K L... in O... verho... in 2... Brief... Berli... In G... Brief... Brief... auf... Be... Do... Do... c. n... Die gra... sind in... etwa 1000... alles, um... Veranstat... Strafe ver... 10 000... dem Anzug... aber alle... Es will u... Württembe... der großen... dann in de... Rede Dittler... 25 000 Men... so die größ... gen so den... teaten um... tief trotz de... die im Sac... weihens B... tragen wer... Die Polizei... von solchen... machen und... los verlanf... Berlin beim... bereits deut... fäme, daß... abließ. Die R... Reichstag d... erreicht, das... Sicherung v... Grund des... daß alle... der Abt... schnelle Bef... die Heberwe... zulassen, wie... gall gefe... den Wand... aus den Be... überzeugen... Ziel kommen... verordnung... Reichstags... Reichsrat h... Reformwerk... schützervatun... scheidungsgel... weiteren K... Dandeln der... Hinrichtungen... Eine G... Curtius, nac... tag zur We... einem Wicht... zu wollen. Debatte im... langen, in d... Augenblick a... politische Au... Tragikomödi... Genf stellt... deutsche Bef... de Entrecht... Bahnen ist a... rallektretär a... Völkerbunds... tags hatte i... tische Bag... Er verlangte... and Schmer... troffenen De... Reaktions... rung der Da... rücksichun... der vorbereit... Die Agrar... Sie bet... Son seit To... dabei im we... Die Wirtschaft... für Schweine... am Maßstab... führen, sind... einem gewisse... sagt wurde, d... es nicht dur... daß sich das... Reichsberühm... einverstanden... schließlich be... dokumentaric... auf die Stabi...